

Zehn-Punkte-Papier zur Wirtschaftspolitik der Ampel-Regierung

Die Standortbedingungen für die Unternehmen in Deutschland haben sich in letzter Zeit massiv verschlechtert. Konjunkturell hinkt Deutschland im internationalen Vergleich hinterher und droht den Anschluss zu verlieren. Die Stimmung in den Unternehmen befindet sich auf einem Tiefpunkt. Unser Wirtschaftsstandort steht vor einer ganzen Fülle an Herausforderungen, die seine Zukunftsfähigkeit bedrohen. Deshalb brauchen wir jetzt dringend eine Politik, die die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in den Mittelpunkt stellt.

Die Bundesregierung macht aber genau das Gegenteil und trägt mit ihrem Kurs zu einer massiven Verschärfung der Probleme bei. Die vbw sieht den Wirtschaftsstandort Deutschland daher in ernster Gefahr und fordert die Ampel-Regierung in Berlin zu einem drastischen Umlenken auf. So, wie es aktuell läuft, kann es nicht weitergehen.

- Die Ampel-Regierung erstickt die Wirtschaft in Bürokratie, Vorgaben und zusätzliche Belastungen. Trotz des angekündigten Belastungsmoratoriums steigen die bürokratischen Belastungen für die Unternehmen immer weiter an. Inzwischen ist hier ein Ausmaß erreicht, das vollkommen inakzeptabel ist. Das Bürokratieentlastungsgesetz IV greift viel zu kurz. Gleichzeitig plant die Ampel-Koalition unentwegt weitere Belastungen. Zudem stellt sich die Bundesregierung bürokratischen Belastungen aus Brüssel nicht entgegen. Häufig setzt sie diese hierzulande sogar verschärft um.
- Die Ampel hat bis heute keine Lösung für die verlässlichen Sicherstellung bezahlbarer Energie für die Unternehmen in Deutschland.
- Der Wirtschaftsstandort Deutschland leidet massiv unter den hohen Kosten. Die Ampel unternimmt aber nichts gegen die hohe Steuer- und Abgabenlast. Vielmehr ist ihre Politik von Leistungsausweitung im Bereich „Soziales“ geprägt. Beispiele sind die Einführung des Bürgergelds sowie die Pläne für eine Kindergrundsicherung. Auf diese Weise sorgt die Bundesregierung dafür, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland immer mehr an Wettbewerbsfähigkeit verliert.
- Der Haushaltskompromiss 2024 löst die Haushaltsprobleme des Bundes, die zu einem großen Teil aus falschen Schwerpunktsetzungen resultieren, nicht. Statt bei sich selbst zu sparen, belastet die Ampel-Regierung lieber die Wirtschaft und den Normalbürger und verschärft damit die wirtschaftliche Situation. Besonders kritisch zu bewerten ist die durch den Haushaltskompromiss verursachte Steigerung der Energiekosten aufgrund der Streichung des Zuschusses bei den Netzentgeltten. Zudem ist nicht nachvollziehbar, warum die Ampel bei den Sozialleistungen, die mit Abstand der größte Einzelposten im Etat sind, so gut wie keine Einsparungen vornimmt (der Sozialbereich steuert 2024 lediglich 3,12 Mrd. € zum Haushaltsskompromiss bei, wobei es sich im Wesentlichen nur um Verschiebungen zu Lasten der Sozialversicherungsträger handelt und nicht um echte Einsparungen). Die Regierung ist zudem nicht bereit, mit gutem Beispiel voranzugehen und beispielsweise einen Einstellungsstopp sowie eine Rückführung der Stellen der Bundesverwaltung auf das Niveau von 2021 (Einsparpotenzial: 1,7 Mrd. € jährlich) sowie von teuren eigenen Bauvorhaben (Einsparpotenzial: bis zu 1,3 Mrd. € einmalig) umzusetzen.

Unsere bisherigen Appelle an die Bundesregierung zum Umsteuern sind bisher – wenn überhaupt – lediglich in Ankündigungen aufgegriffen worden. Geschehen ist bisher entweder nichts – oder gar das Gegenteil dessen, was notwendig wäre. Wir formulieren hiermit nochmals unsere **zehn Schwerpunktforderungen** an die Bundesregierung. Zur Durchsetzung dieser Forderungen werden wir – womit wir bereits begonnen haben – auch auf physische Maßnahmen setzen.

1. Die Bundesregierung muss ein Stoppschild für jedwede zusätzliche Regulierung und Belastung der Unternehmen aufstellen.

Das gilt insbesondere bei der Regulierung von Arbeit und Sozialem. Die geplanten Maßnahmen zur Erhöhung der Tarifbindung (Tariftreuegesetz, Digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften etc.), das Beschäftigtendatenschutzgesetz sowie ein Anspruch der Beschäftigten auf Home-Office müssen allesamt ein für alle Mal gestoppt werden.

2. Die Bundesregierung muss überzogenen EU-Regulierungsinitiativen vehement entgegentreten.

Wir sind überzeugte Europäer! Ohne Europa wären Deutschland und Bayern in vielerlei Hinsicht ärmer. Durch zu viele überzogene Regulierungsinitiativen gefährdet die EU allerdings ihre Akzeptanz. Das Maß ist hier mehr als voll. Belege dafür sind die praxisferne Taxonomie-Verordnung oder die vor kurzem verabschiedeten Vorgaben zur Nachhaltigkeitsberichterstattung, die den Unternehmen massive zusätzliche Belastungen auferlegen. Die Bundesregierung muss jetzt auf EU-Ebene zwingend die geplante EU-Wertschöpfungskettenrichtlinie ablehnen. Zudem muss die Bundesregierung auf EU-Ebene generell darauf hinwirken, dass Maßnahmen im Rahmen des Green Deals besser aufeinander abgestimmt werden. Es darf nicht mehr – so wie bisher der Fall – zu Doppel- und Mehrfachregulierungen eines und desselben Sachverhalts kommen.

3. Die Bundesregierung muss für bezahlbare Energie sorgen.

Wir brauchen einen Brückenstrompreis für alle Unternehmen. Zudem muss der Ausbau der erneuerbaren Energien und Netze mit höchster Geschwindigkeit vorangebracht werden. Hierfür gilt es auch, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

4. Die Bundesregierung muss die Unternehmenssteuerbelastung auf 25 Prozent senken.

Statt zusätzliche steuerliche Belastungen, die in der Ampel immer wieder diskutiert werden, benötigen wir dringend steuerliche Entlastungen. Die Steuerlast auf einbehaltene Gewinne muss unabhängig von Größe und Rechtsform der Unternehmen auf im internationalen Vergleich immer noch hohe 25 Prozent begrenzt werden.

5. Die Bundesregierung muss jetzt dringend Reformen anpacken, um den fortlaufenden Anstieg der Sozialausgaben abzubremsen.

Dabei muss das Prinzip „Solidarität wo nötig“, „Eigenverantwortung wo möglich“ wieder strikt verfolgt werden.

- In **Gesetzlichen Rentenversicherung** fordern wir:

- Das sofortige Auslaufen der Rente mit 63.
- Einen Stopp der Pläne, die Haltelinie des Rentenniveaus dauerhaft auf 48 Prozent festzuschreiben.
- Die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters.
- Die Stärkung des Gewichts des Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenanpassungsformel von 0,25 auf 0,33.
- Eine versicherungsmathematisch korrekte Berechnung der Abschläge bei vorzeitigem Renteneintritt.

- In der **Gesetzlichen Krankenversicherung** muss die Eigenverantwortung wieder gestärkt werden.

- In der **Sozialen Pflegeversicherung** fordern wir die Einführung einer verpflichtenden privaten Vorsorgeversicherung. Diese muss für die Kosten aufkommen, die durch die gesetzliche Pflegeversicherung nicht getragen werden und aufgrund der demografischen Entwicklung auch nicht getragen werden können.

- Beim **Bürgergeld** muss das Prinzip „Fordern und Fördern“ wieder Leitprinzip werden. Wir fordern daher die Wiedereinführung des Vermittlungsvorrangs, die dauerhafte Sanktionsmöglichkeit bei Verweigerung der Arbeitsaufnahme sowie die Wiedereinführung der Vermögensprüfung.

Faustregel: 100.000 Menschen mehr in Arbeit bringen, entspricht drei Milliarden Euro Einsparungen.

- Die geplante **Kindergrundsicherung** würde Kosten in Milliardenhöhe und hohen bürokratischen Aufwand erzeugen. Sie darf nicht kommen. Stattdessen müssen zunächst alle Leistungen des gesamten Transfersystems (Bürgergeld, Wohngeld, Kinderzuschlag) besser aufeinander abgestimmt werden, um negative Erwerbsanreize zu eliminieren und so auch einen Beitrag zur Arbeits- und Fachkräftesicherung zu leisten.

6. Die Bundesregierung muss endlich das starre Arbeitszeitrecht flexibilisieren.

Die tägliche Höchstarbeitszeit muss zugunsten einer durchschnittlichen wöchentlichen Höchstarbeitszeit von maximal 48 Stunden abgeschafft werden. Zudem müssen die Möglichkeiten zur Ausgestaltung der elfstündigen täglichen Ruhezeit genutzt werden. Die europäische Arbeitszeitrichtlinie ermöglicht das alles – derzeit ist jedoch das deutsche Gesetz strenger als die Richtlinie.

7. Die Bundesregierung muss ein bundesweites Qualitätsmanagement für bessere Bildung aufsetzen.

Deutschland fällt beim Thema Bildung zurück. Das schlechte Abschneiden Deutschlands bei der letzten Pisa-Studie belegt dies eindrucksvoll.

8. Die Bundesregierung muss in den Ausbau der Infrastruktur investieren.

Investitionen in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wurden jahrelang verschleppt, auch bei der digitalen Infrastruktur hinken wir hinterher. Es besteht ein hoher Nachholbedarf. Gleichzeitig muss die Bundesregierung den Wohnungsbau vorantreiben.

9. Die Bundesregierung muss in die Erhöhung unserer Verteidigungsfähigkeit investieren.

Die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands – Stichwort Zeitenwende – muss für die Ampel-Regierung eine politische Priorität bleiben. Das Sondervermögen für die Bundeswehr muss verstetigt und ausschließlich zu Finanzierung großer Ausrüstungsprojekte verwendet werden. Die Beschaffungsoffensive muss weiter Fahrt aufnehmen.

10. Die Bundesregierung muss mithelfen, ein neues Mind-Set für mehr Leistungsbereitschaft zu etablieren.

Unser Wirtschaftsstandort steht vor zahlreichen Herausforderungen. Um diesen zu begegnen, ist es dringend nötig, ein neues Mind-Set herbeizuführen. Es gilt, in der breiten Bevölkerung Werte wie individuelle Leistungsbereitschaft zu stärken und den Vorrang der Eigenverantwortung vor staatlicher Fürsorge in den Köpfen der Menschen zu verankern. Wir fordern die Ampel auf, dieses Mind-Set zu fördern, anstatt Illusionen auf einen anstrengungslosen Wohlstand zu nähren. So muss etwa allen bewusst sein, dass auch angesichts des Fachkräftemangels eine allgemeine Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich zu schwerwiegenden Wohlstandsverlusten führen würde. Auch die Bundesregierung ist hier gefragt, solchen Träumereien eine klare Absage zu erteilen.

Wir sind auch bereit, in Diskussionen über Einsparmaßnahmen und Verbreiterung der Einnahmen einzutreten.

25. Januar 2024, 10:00 Uhr